

## **Leseprobe des**

**Skriptes zum abgesagten Zeitreise-Seminar**  
(20. und 27. März und 3. und 17. April 2020)

***„Make America Great Again?“***

Eine kritische Zwischenbilanz zur Amtszeit von Donald Trump, 2017-2020

von

L.-Maximilian Rathke, M.A

**"It's A Possibility"**

*“For all of the times that you've wondered why the world turned out this way, and all of the time that you've asked yourself about the games that people play, about the politics of hunger and the politics of need, how the politics of power seem to be the politics of greed [dt.= Habgier] , for all the times that you struggled in an effort to work your way back upstream, and all of the times you've held on to it when most of us had lost the dream, and for all of the ones who have walked with you, by your side or way back home, maybe much more than any of us, you know, that no one is really alone.*

*Because the heart is still a hunter, it's like a beacon [dt. = Signalfeuer] in the night. And though the heart is just a lover, it's never afraid to fight. We are fighting for more than survival, we are working for more than peace. We are giving ourselves to each other, making sure all injustice will someday cease. You can take a look around you and you can see how far we've come, all the separate parts, all the hundreds of hearts that are beating together as one. It's a possibility for many tomorrows, it's a possibility of a world to be made for everyone. It's a possibility, no more suffering and sorrow, it's a possibility, it's in everyone. It's a possibility of many tomorrows, we're a possibility of a world truly made for everyone. We're a possibility, no more suffering and more sorrow.”*

[Album *“One World”* (1986), written and performed by John Denver (Henry John Deutschendorf \*31.12.1943 - + 12.10.1997)]

## Inhaltsverzeichnis

### Arbeitsprogramm

<b>20. März 2020:</b> Der Weg Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten _____	5
<b>27. März 2020:</b> Die Ergebnisse der bisherigen Innen- und Wirtschaftspolitik ____	20
<b>3. April 2020:</b> Trumps Außenpolitik – ad hoc und ein Desaster?! _____	34
<b>17. April 2020</b> : Das Impeachment gegen Trump und seine Hintergründe und Abschlussdiskussion _____	50
<b>Anhang:</b>	
Literaturliste _____	61

Kontakt:  
L.-Maximilian Rathke, M.A.  
Liegnitzstraße 24

38124 Braunschweig-Melverode

Tel. +49-531-601324  
Fax. +49-531-602905  
Mobil. +49-173-2410-784  
E-Mail: Rathke.Buero@gmx.de

20. März 2020:

## Der Weg Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten

*„Präsident Donald Trump. Gewöhnen Sie sich daran. Die Welt, wie wir sie kennen, gibt es nicht mehr.“* Mit diesem Zitat aus dem Kommentar *„President Donald Trump“* von **Roger Cohen**, den dieser in der internationalen Ausgabe der New York Times am 10. November 2016 veröffentlicht hat, beginne ich das heutige erste Thema dieses ersten der drei Seminare des atlantischen Frühling und Sommers.

Bei diesem ersten Termin wollen wir uns mit der Person Donald Trumps und den Umständen befassen, die dieses Unfassbare, das sich in Cohens Worten ausdrückt und mit dem wir nun schon gut drei Jahre leben, geschehen ließen. Das Herangehen an die Person Donald Trumps ist wie bei anderen sich noch im Amt befindlichen Staats- und Regierungschefs auch vor allem mit Hilfe von Biographien zu bewerkstelligen, die eher aus dem journalistisch-publizistischen Fach kommen wie z.B. die Biographie von dem mit dem Pulitzerpreis ausgezeichneten **David Cay Johnston**.

Eine ebenfalls nicht unwichtige Quelle im Sinne der Sekundärliteratur zu Trumps Biographie ist der umfangreiche Eintrag in der Onlineausgabe des Munzinger-Archivs, einem internationalen biographischen Archiv, das ich als Überblick über die Biographie des derzeitigen US-Präsidenten seriöser finde als die Online-Enzyklopädie Wikipedia.

Bevor wir aber nun zur Person Donald Trumps kommen, lassen Sie mich kurz auf die Bedeutungen des englischen Wortes *„trump“* eingehen, das sowohl ein Substantiv als auch ein Verb und ein Adjektiv sein kann. Nach dem **Langenscheidt Sprachlexikon** heißt *„trump“* als Substantiv: 1. Trumpf, Trumpfkarte (trump card), 2. Trompete, Posaune des Jüngsten Gerichts (the trump of doom), aber auch 3. im übertragenen Sinn: feiner Kerl;

als Verb: 1. Jemanden zum Äußersten treiben (to put someone to his trumps), 2. Sich als das Beste erweisen, immer Glück haben (to turn up trumps), 3. Übertrumpfen; und 4. Erdichten, zusammenschwindeln, sich aus den Fingern saugen;

als Adjektiv (trumped-up): 1. Erfunden, 2. Erlagen und 3. Falsch<sup>1</sup>.

Aber kommen wir nun erst einmal zur Familie und zur Person des 45. US-Präsidenten. Noch im November 2016 hatte die Journalistin **Hannah Bethke** einen kleinen Artikel zu den familiären Wurzeln des gerade frisch mit einer Mehrheit im entscheidenden

---

<sup>1</sup> Langenscheidts Großes Schulwörterbuch Englisch-Deutsch, hrsg. v. Heinz Messinger/ Werner Rüdenberg, Berlin/ München/ Wien/ Zürich 171987, S. 1286

Wahlmännerkollegium ausgestatteten republikanischen Präsidentschaftsbewerbers Donald Trump in der *Frankfurter Allgemeinen*<sup>2</sup> veröffentlicht. Darin berichtete sie, wie der Großvater Friedrich Trump nach seiner Auswanderung 1885 in die USA 1904 vergeblich versuchte, mit seiner Frau in die pfälzische Heimat Kallstadt, damals Königreich Bayern, zurückzukehren. Dieses Ansinnen wurde dem Paar verwehrt, weil sich der Großvater des heutigen US-Präsidenten 1885 mit seiner Auswanderung dem Militärdienst entzogen hatte. Am 1. Juli 1905 ging es für die Eheleute Friedrich und Elisabeth Trump zurück in die Vereinigten Staaten.

Nur sechs Tage nach Trumps Amtseinführung 2017 erschien ebenfalls ein Artikel<sup>3</sup> über die Vorfahren des neuen Präsidenten, in dem deutlich wurde, daß sich familiäre Wurzeln der Trumps in Deutschland bis in das Jahr 1648 in Kallstadt zurückverfolgen lassen. Damals hieß die Familie noch „*Drumpf*“ und der Rechtsanwalt **Hanns Drumpf** gilt als Ahnherr der Familie des US-Präsidenten.

Auch der schon erwähnte Journalist David Cay Johnston hatte dieses im Kapitel „*Familiengeschichte*“ in seinem 2016 erschienenen „*The Making of Donald Trump*“ (dt.: Die Akte Trump) angeführt und dabei beschrieben, daß der Name Drumpf wohl schon im Jahr des Westfälischen Friedens, 1648, in Trump geändert wurde.

Schon der angesprochene Großvater Friedrich (anglisiert zu Frederick) Trump sollte sowohl zwischen seiner Auswanderung 1885 und seiner kurzzeitigen Rückkehr 1901, bei der er seine Frau Elisabeth Christ kennenlernte und mit in die Vereinigten Staaten nahm, mit unterschiedlichen Geschäften ein Vermögen machen: Gaststättenbesitzer in Seattle, Washington State; Hotelbesitzer nördlich von Seattle; Barbesitzer im kanadischen Yukon-Territorium, um am Goldrausch am Klondike zu partizipieren.

Sein gescheiterter Versuch der Rückkehr nach Kallstadt 1904 war dem Umstand geschuldet, daß sich seine Frau in den Vereinigten Staaten nicht wohlfühlte und Heimweh bekam. Aber wie wir ja schon gehört haben, kehrte Familie Trump 1905 in die Vereinigten Staaten zurück, wo Großvater Trump dann in einem Friseursalon arbeitete. Die Friseur Tätigkeit war schlecht bezahlt, aber „*dieser Ort eignete sich wunderbar als Drehscheibe für gewiefte Geschäftemacher und zur Anbahnung geheimer Transaktionen zwischen kriminellen Elementen verschiedenster ethnischer Zugehörigkeiten, die sich in der großen Stadt* [Anmerkung: New York City] *tummelten.*“<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Hannah Bethke; Warum Trumps Großvater abgeschoben wurde, in: FAZ vom 22. November 2016

<sup>3</sup> Bodo Bost; Von Drumpf zu Trump. Die Vorfahren des US-Präsidenten stammen aus dem pfälzischen Dorf Kallstadt, in: Preußische Allgemeine vom 26. Januar 2017

<sup>4</sup> David Cay Johnston; Die Akte Trump. Wals b. Salzburg: 2016, S. 27

1918, im Alter von gerade einmal 49 Jahren, starb Frederick Trump infolge der damals grassierenden Spanischen Grippe. Sein gerade 12 Jahre alter Sohn, **Frederick Christ Trump**<sup>5</sup>, gründete mit seiner Mutter **Elizabeth Christ Trump**, eine Garagenbaufirma, für die die Mutter bis zum Erreichen der Volljährigkeit des Sohnes die Geschäfte führte.

Frederick Trump sollte sehr erfolgreich in das Immobiliengeschäft in New York und in weiteren Staaten einsteigen: *„staatliche Aufträge für den Bau von Appartmenthäusern und Baracken (...), die in der Nähe von Marinewerften in Pennsylvania und Virginia errichtet werden sollten“* und *„er baute tausende Wohnungen in Brooklyn und Queens und kaufte weitere in so entlegenen Gebieten wie Ohio.“*<sup>6</sup>

Frederick Christ Trump und seine sieben Jahre jüngere Frau Mary Anne MacLeod bekamen fünf Kinder, von denen die älteste Tochter Maryanne als Bundesrichterin Karriere machte. Der älteste Sohn, Fredrick Christ Jr., konnte den Anforderungen des Vaters nicht genügen, bekam Probleme mit dem Alkohol und starb schließlich infolge seiner Sucht nach der Scheidung von seiner Frau 1981 im Alter von nur 43 Jahren. Von den Geschwistern Elizabeth Joan und Robert ist nichts weiter bekannt, und Donald Trump ist das vierte von fünf Kindern seiner Eltern.

Er wurde am 14. Juni 1946 in New York City geboren und war ein *„verhaltensauffälliges Kind“*<sup>7</sup>: *„Nachbarn erzählten über die Jahre hinweg – auch mir gegenüber-, daß der kleine Donald ein Kind war, dessen Attacken eher Schwächeren galten. So warf er etwa Steine auf Kleinkinder in Sandkästen und provozierte andere Kinder. Doch seinen eigenen Erzählungen zufolge war er ein Lausejunge, ein wilder Kerl, der von seinem Vater im Teenageralter in die New Yorker Militärakademie im Bundesstaat New York gesteckt wurde, wo er Disziplin lernen sollte.“*<sup>8</sup>

Der strenge Vater Frederick Christ Trump wollte, daß sein Sohn Donald durch seine Ausbildung diszipliniert würde und schickte ihn zu diesem Zweck 1959 auf eine New Yorker Militärakademie, damit Donald Trump dort seinen Highschool-Abschluss machen sollte. 1964 erwarb Trump dieses Diplom und besuchte im Anschluss daran die Fordham Universität in New York City und wenig später die Wharton School of Finance der sog. *„Ivy League-*

---

<sup>5</sup> Die amerikanische Namensgebung weist eine Besonderheit auf, wie wir sie auch bei Trumps Vater erkennen: **Vorname, Mädchename der Mutter, Familienname**: Frederick Christ Trump. So finden wir es auch bei einigen US-Präsidenten vor wie z.B. John Fitzgerald Kennedy, Rose Fitzgerald war die Mutter des 35. US-Präsidenten.

<sup>6</sup> Johnston; a.a.O., S. 32

<sup>7</sup> Ebda., S. 39

<sup>8</sup> Johnston; a.a.O., S. 39/40

*Universität*<sup>9</sup>, University of Pennsylvania. Hier errang Trump seinen Bachelor in Wirtschaftswissenschaften. Mit Hilfe eines ärztlichen Attests konnte Trump nach seiner Ausbildung den Kriegseinsatz im Vietnam-Krieg umgehen.

Auch wenn sich Donald Trump gern als sog. „*Selfmade*“-Millionär präsentiert, so war er das niemals in seinem Leben. Einerseits arbeitete er schon während seines Studiums im väterlichen Unternehmen, andererseits hatten seine Geschwister und er zur Geburt einen Treuhandfonds bekommen, der Ende der 1940er Jahre „*ca. 12.000 Dollar pro Jahr*“<sup>10</sup> ausmachte, wiederum andererseits „*profitierte Donald Trump von massiven Geldtransfers seines Vaters*“<sup>11</sup>. 1968 trat Trump in die Firma seines Vaters ein, um nur drei Jahre später die Leitung zu übernehmen. Aus der Elizabeth Trump & Son machte er „*The Trump Organization LLC*“<sup>12</sup>, die er als Vorsitzender<sup>13</sup> und Präsident führte.

Mit diesem Unternehmen stieg Trump im Gegensatz zu seinem Vater in den hochpreisigen Immobiliensektor ein und erweiterte über die Jahrzehnte sein Geschäftsfeld in Richtung Hotels, Casinos, Merchandising- und Lizenzgeschäfte wie Mode, Parfum und andere Konsumgüter. Dabei musste er auch einige Konkurse hinnehmen –so z.B. 1991/92, 2004 und 2014- und doch schätzt das Magazin „*Forbes*“, daß Trump ein Vermögen von 4,5 Mrd. US-Dollar hat, „*während er selbst behauptete, 10 Mrd. zu besitzen.*“<sup>14</sup>

---

<sup>9</sup> Ivy League als Bezeichnung für Universitäten an der Nordostküste der Vereinigten Staaten umfasst die Eliteuniversitäten Harvard, Yale, Princeton, Columbia, Brown, Cornell, Dartmouth und Pennsylvania. Man geht davon aus, daß sich die Bezeichnung „Ivy“ aus der Aussprache des lateinischen Zahlzeichens IV für vier ableitet, da die Gruppe zuerst nur die vier erstgenannten Universitäten umfasste. Die übrigen Universitäten kamen erst ab Beginn des 20. Jahrhunderts zu dieser Gruppe. Die Fordham University in New York gehört zu der Catholic Ivy League.

<sup>10</sup> Johnston; a.a.O., S. 37

<sup>11</sup> Siehe: Biographie Donald Trump, in: <https://www.munzinger.de>, abgerufen am 12. März 2020

<sup>12</sup> LLC = Limited Liability Company/ dt.= Unternehmen mit beschränkter Haftung; „*Eine Neuheit im Bereich der nicht körperschaftlichen Gesellschaften stellen die ‚limited liability companies‘ dar. Sie besitzen den Vorzug einen vollständigen Haftungsschutz ihrer Mitglieder mit der steuerlichen Einordnung einer ‚partnership‘ zu verbinden. So kann sich jedes Mitglied an der Geschäftsführung der Gesellschaft beteiligen, ohne einer persönlichen Haftung zu unterliegen, und gleichzeitig kann die mit einer Körperschaft verbundene doppelte Besteuerung vermieden werden.*“, aus: Peter Hay; Einführung in das amerikanische Recht, Darmstadt: <sup>4</sup>1995, S. 185

<sup>13</sup> Board of Directors/ Chairman = Gesellschaftsleitung/ Vorsitzender, die Gesellschaftsleitung bestellt die Geschäftsleitung mit dem Präsidenten an der Spitze. Im US-amerikanischen Unternehmensrecht gibt es keine so „*scharfe Trennung*“ wie im deutschen zwischen Vorstand und Aufsichtsrat; siehe: Hay; a.a.O., S.181

<sup>14</sup> Siehe: Biographie Donald Trump, in: <https://www.munzinger.de>, abgerufen am 12. März 2020

27. März 2020:

## Die Ergebnisse der bisherigen Innen- und Wirtschaftspolitik

*„The Congress was given the function of law-making in the Constitution and, because of the separation of powers principle, it has to a large extent retained its powers over the initiation and passage of laws. Even in the United States, the President has played an increasing role in recommending and proposing legislation, but he still has to rely on friendly Congressmen to introduce his bills into Congress, and he is by no means certain of securing their passage.“*

Dieses Zitat stammt aus dem mehrfach aufgelegten Werk von Alan Grant<sup>15</sup> aus dem 2. Kapitel *„Making the Laws: The American Congress“*. Hier wird sehr schön die Aufgabenverteilung im legislativen Prozess der Vereinigten Staaten beschrieben, was sich auf die kurze und griffige Formel bringen lässt:

*„The President proposes, the Congress disposes“*<sup>16</sup> (also: Der Präsident schlägt vor, der Kongress ordnet an.)

Schauen wir dazu in die Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787 in den Artikel I, Abschnitte 7 und 8. Diese machen deutlich, daß die Gesetzgebungsinitiative beim Kongress, der Legislative, liegt. Dem US-Präsidenten wird auch in Artikel I –also dem Artikel, der die Legislative definiert, in Abschnitt 7, Absatz 2 einzig das Recht zugestanden, einer Gesetzesvorlage beider Häuser, Repräsentantenhaus und Senat, die Unterschrift zu verweigern, die aus dieser Gesetzesvorlage (*„Bill“*) ein Gesetz (*„Act“*) machen würde. Hier wird das Recht des präsidentialen Vetos beschrieben:

*„Jede Gesetzesvorlage wird nach ihrer Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus und den Senat, ehe sie Gesetzeskraft erlangt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgelegt. Wenn er sie billigt, soll er sie unterzeichnen, andernfalls jedoch mit seinen Einwendungen versehen an jenes Haus zurückleiten, von dem sie ausgegangen ist; dieses nimmt die Einwendungen ausführlich in sein Protokoll auf und tritt erneut in ihre Beratung ein. Wenn nach dieser erneuten Lesung zwei Drittel des betreffenden Hauses für die Vorlage stimmen, wird sie zusammen mit den Einwendungen dem anderen Hause zugesandt, um dort gleichfalls erneut beraten zu werden; wenn sie die Zustimmung von zwei Dritteln auch dieses Hauses findet, wird sie Gesetz.“*<sup>17</sup>

Der schon genannte Abschnitt 8 dieses Artikels I zur Legislative definiert die Bereiche, für die der Kongress zuständig ist wie z. B.

- a. die Erhebung von Steuern, Zöllen und Verbrauchssteuern,
- b. die Regelung des Handels mit anderen Nationen,

<sup>15</sup> Grant, Alan; *The American Political Process*, Aldershot et al <sup>5</sup>1994, p. 29

<sup>16</sup> Mildner, Stormy-Annika; Kapitel C: Wirtschaft und Finanzen, in: Lösche, Peter (Hrsg.); *Länderbericht USA. Geschichte/ Politik/ Wirtschaft/ Gesellschaft/ Kultur*, Bonn: <sup>5</sup>2008, S. 480

<sup>17</sup> Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 17. September 1787, in: Hamilton, Alexander/ Madison, James/ Jay, John; *Die Federalist Papers. Vollständige Ausgabe, hrsg. und übersetzt von Barbara Zehnppennig*, München: 2007, S. 519



- c. die Prägung von Münzen und Bestimmung ihres Wertes<sup>18</sup>.

Das Prinzip der Gewaltenverschränkung zieht sich durch die gesamte Verfassung der Vereinigten Staaten und macht auch vor dem Bereich der Wirtschaftspolitik nicht Halt. Der Präsident kann ohne den Kongress seine Politik nicht in Gesetzesform bringen. Er kann aber, wie wir gesehen haben, mit Hilfe des Vetorechts Einfluss auf die vom Kongress beschlossenen Gesetze nehmen.

Beiden Verfassungsorganen, die in den Artikeln I und II definiert werden, also dem Kongress und dem Präsidenten, stehen Gremien und Behörden zur Verfügung, die im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik tätig sind. Sie beraten bzw. bilden ein Gegengewicht zur Politik des Präsidenten, vor allem dann, wenn im Kongress in beiden Häusern die Partei über die Mehrheit verfügt, die nicht den Präsidenten stellt.

Kommen wir zuerst zum Kongress, der sich lt. Artikel I, US-Verfassung, in zwei Kammern aufteilt, Repräsentantenhaus und Senat. In beiden Kammern gibt es auch für den finanz- und wirtschaftspolitischen Politikbereich Ausschüsse („*Committees*“), die allerdings je Kammer stellenweise unterschiedliche Bezeichnungen haben:

**a. House of Representative<sup>19</sup>:**

- Committee on Agricultural (Landwirtschaft)
- Committee on Appropriation (Bewilligung)
- Committee on Budget (Haushalt)
- Committee on Ways and Means (Finanzen)
- Committee on Financial Services (Finanzdienstleistungen/Banken)
- Committee on Energy (Energie)

**b. Senate<sup>20</sup>:**

- Committee on Agricultural (Landwirtschaft)
- Committee on Appropriation (Bewilligung)
- Committee on Budget (Haushalt)
- Committee on Finance (Finanzen)
- Committee on Banking (Finanzdienstleistungen/Banken)
- Committee on Energy (Energie)

Dem Präsidenten stehen neben den Büros, Ämtern und Gremien innerhalb des Weißen Hauses auch die entsprechenden Ministerien (Departments) und unabhängigen

<sup>18</sup> Verfassung, in: Hamilton/ Madison/ Jay; a.a.O., S. 520

<sup>19</sup> Mildner, Stormy-Annika; a.a.O., S. 482

<sup>20</sup> Mildner, Stormy-Annika; a.a.O., S. 482

Regierungsbehörden auch für den Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik zur Verfügung<sup>21</sup>:

<b>Executive Office of the President (EOP)</b>	<b>Departments (Ministerien) [Kabinett]</b>	<b>Unabhängiges Regierungsbehörden</b>
Office of Management and Budget (OMB)	Agriculture (Landwirtschaft)	Federal Reserve System, FED (Notenbank)
Council of Economic Advisers (CEA)	Commerce (Handel)	U.S. Agency for International Development, USAID
U.S. Trade Representative (USTR)	Energy (Energie)	Small Business Administration
	Labor (Arbeit)	International Trade Commission
	Treasury <sup>22</sup> (Finanzen]	Export Import Bank, ExIm

**Tabelle 1: Exekutive Bürokratie im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Bevor wir auf die Trumpsche Wirtschaftspolitik zu sprechen kommen – und angesichts der aktuellen Lage kommen wir auch nicht an dem Verhalten der Trump-Administration in der Corona-Krise vorbei – möchte ich nach den institutionellen Ausführungen auf die Geschichte der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten kurz eingehen.

Ein Grundprinzip gerade im Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft in den USA ist das „*Prinzip des klassischen Liberalismus*“, wie es auf den liberalen Theoretiker Adam Smith und dessen Standardwerk „*Der Wohlstand der Nationen*“ zurückgeht. Der Liberalismus sollte durch das 19. Jahrhundert bis weit in das 20. Jahrhundert hinein lange im Verhältnis von Politik und Wirtschaft in den USA beherrschend bleiben, wenn man auch zugestehen muß, daß es schon in dieser Phase zu bestimmten Einschränkungen kommen sollte. Erwähnt sei nur der sog. „*Sherman Act*“ vom 2.7.1890, der zusammen mit den Gesetzen von 1914, dem sog. „*Federal Trade Commission*“ und dem „*Clayton Act*“ das US-amerikanische Antitrustrecht bildete.<sup>23</sup> Insgesamt hielt sich die amerikanische Regierung bis zur Weltwirtschaftskrise im Zuge des Börsenkrachs vom Oktober 1929 aber regulierend zurück und nahm die Rolle eines, wie es im Konzept des Liberalismus heißt, politischen „*Nachwächterstaates*“ ein.

Mit dem sog. „*schwarzen Freitag*“ am 24. Oktober 1929, dem Tag des großen Börsenkrachs, geriet die gesamte Weltwirtschaft in eine schwere Krise, wobei es die USA am

<sup>21</sup> Ebda., S. 481

<sup>22</sup> Eigentlich ist die Bedeutung für das englische „Treasury“ „Schatz“, „Schatzkammer“. Die Bezeichnung „Department of the Treasury“ steht aber für das deutsche Wort „*Finanzministerium*“.

<sup>23</sup> Mildner; a.a.O., S. 475

schwersten von allen Industrienationen getroffen hatte. Das führte dazu, dass noch heute im Rückblick diese Zeit als „*Great Depression*“ benannt wird. Das Sozialprodukt brach im Zeitraum von 1929-33 um 30% ein, die Arbeitslosenquote erreichte eine Höhe von über 25% und die fehlende staatliche Absicherung tat ihr übriges die Not zu vergrößern.<sup>24</sup> Die damalige Administration des republikanischen Präsidenten **Herbert Clark Hoover** versuchte die Krise mit alten, wirtschaftspolitischen Rezepten - Deflations- und Sparpolitik - zu überwinden, was aber bekanntermaßen die wirtschaftliche Not nur noch verschlimmerte. Im Herbst setzte sich 1932 bei den Präsidentschaftswahlen am 8. November der demokratische Kandidat, Franklin Delano Roosevelt, gegen den glücklosen Amtsinhaber mit 57,4% zu 39,7% der Wählerstimmen und 472:59 Wahlmännern durch.<sup>25</sup> Mit Roosevelts Wahl wurde in der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Paradigmenwechsel eingeleitet, der den wirtschafts-wissenschaftlichen Paradigmenwechsel vorausnahm. Mit seinem Konzept des sog. „*New Deal*“ (einem dem Poker-Spiel entliehenen Begriff<sup>26</sup>) erkannte Franklin D. Roosevelt die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik an. Diese Politik der drei "R" („*Relief, Reform, Recovery*“) beinhaltete u.a. arbeitsmarktpolitische Programme für mehr als 2 Millionen Amerikaner, den „*Wagner Act*“ von 1935, der die „*Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern*“ regelte und der noch heute existierenden Sozialversicherung, die durch den „*Social Security Act*“ von 1935 begründet wurde.<sup>27</sup> Bei Roosevelt hatte sich die Erkenntnis für die Erfordernisse einer für amerikanische Verhältnisse konsequenten Sozialpolitik durchgesetzt, um die Not zu beseitigen.

---

<sup>24</sup> Gassert, Philipp; Kapitel A: Geschichte in: Lösche Peter (Hrsg.); a.a.O, S. 70

<sup>25</sup> Mauch, Christof (Hrsg.); Die amerikanischen Präsidenten. 44 historische Portraits von George Washington bis Barack Obama, München <sup>5</sup>2009, S. 505

<sup>26</sup> Gassert, a.a.O. S. 70

<sup>27</sup> ebda, S. 539

3.April 2020:

### Trumps Außenpolitik – ad hoc und ein Desaster ?!

*“(...) In addition to our interests, America has core ideals that we have supported throughout our history freedom, democracy, the rule of law, observance of human rights, and deterring and responding to aggression. Too much has been made of the tensions between American interests and American ideals. Some went so far as to suggest that we should set aside our values during the Cold War to follow a policy of moral relativism. Nothing would have been more ill-conceived. The Cold War was won precisely because of the convergence of our interests and ideals. By preventing Soviet expansion into Europe, we stopped the domination of the continent by a hostile power and prevented the enslavement of millions more Europeans under Communist rule.”<sup>28</sup>*

So fasste es der schon zitierte ehemalige Präsidentschaftskandidat **Robert Dole** in seinem Aufsatz von 1995 zusammen, was über viele Jahrzehnte die US-Außenpolitik bestimmt hat. Wie diese kurzgefasst aussah und wie sie sich von Trumps Außenpolitik unterscheidet ist Thema dieses Vortrags.

Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt des US-Präsidenten am 4. März 1797 gab der erste Amtsinhaber, **George Washington**, der noch jungen Nation USA durch seine „*Farewell Address*“, den Rat, sich in Zukunft aus den politischen Streitigkeiten der „*Alten Welt*“ herauszuhalten. Diese vorsichtige Zurückhaltung George Washingtons, die in der Vorsehungsideologie der „*Congregational Church*“ New Englands wurzelte und die die USA als „*city upon the hill*“, als „*neues Jerusalem*“ betrachtete, sollte bis in das 20. Jahrhundert die Basis für den Isolationismus in der amerikanischen Außenpolitik legen.

**John Adams** sah sich genau wie **Thomas Jefferson**<sup>29</sup> an die Vorgabe Washingtons gebunden, die „*amerikanische Neutralität zu sichern*“ und verworrene Bündnisse, sog. „*entangling alliances*“, mit Europa abzulehnen.<sup>30</sup> Unter Jeffersons Nachfolger im Präsidentenamt, **James Madison**<sup>31</sup> kam es zum ersten großen, über zwei Jahre (1812-1814) dauernden Krieg der jungen USA und zwar gegen das ehemalige Mutterland Großbritannien. Obwohl sich die Vereinigten Staaten im damals herrschenden britisch-französischen Konflikt ganz in der Tradition Washingtons für neutral erklärt hatten, wurde dieser Status von beiden europäischen Mächten missachtet. Da Großbritannien außerdem die Indianer in ihrem Widerstand gegen die nach Westen vorrückenden Siedler unterstützte, sah Madison das ehemalige Mutterland als gefährlich an und ließ im Juni 1812 den Kongress

<sup>28</sup> Dole, Bob; Shaping America's Global Future, in: *Foreign Policy*, No. 98, Spring 1995, pp. 29ff, here: p. 35

<sup>29</sup> John Adams, Vizepräsident Washingtons und 2. US-Präsident von 1797-1801 und Thomas Jefferson, 3. Präsident von 1801-09

<sup>30</sup> Mauch, Christof (Hrsg.); Die amerikanischen Präsidenten. 44 historische Portraits von George Washington bis Barack Obama, München 2009, S. 69 und S. 79

<sup>31</sup> James Madison, 4. Präsident von 1809-17

(Repräsentantenhaus 79:49 und Senat 19:13) England den Krieg erklären. Die Briten wurden am 8. Januar 1815 von US-Truppen unter General Andrew Jackson in einer Schlacht bei New Orleans endgültig militärisch geschlagen. Im Laufe dieses Krieges mußten die USA die Besetzung ihrer Hauptstadt Washington, DC, die Zerstörung des Weißen Hauses und des Kapitols hinnehmen. Die Geschichtsschreibung bewertet Madisons Motive für die amerikanische Kriegserklärung damit, daß er (Madison) „*keine Reparationen, keine Kapitulation Englands <wollte>. Er wollte von der britischen Führung das Eingeständnis, daß die Vereinigten Staaten kein abhängiges, entferntes Familienmitglied seien, sondern eine souveräne Macht.*“<sup>32</sup> So fasste es der Historiker **Robert Rutland** zusammen.

Sicher auch aus der Erfahrung dieser ersten großen internationalen und kriegerisch endenden Krise für die USA, die **James Monroe**<sup>33</sup> als Außenminister Madisons an vorderster politischer Front erlebte, verkündete er am 2. Dezember 1823 die sog. „*Monroe-Doktrin*“, die maßgeblich von seinem Außenminister und Nachfolger im Amt des US-Präsidenten, **John Quincy Adams**<sup>34</sup> beeinflusst war:

*(...) „ We owe it, therefore, to candor and to the amicable relations existing between the United States and those powers to declare that we should consider any attempt on their part to extend their system to any portion of this hemisphere as dangerous to our peace and safety. With the existing colonies or dependencies of any European power we have not interfered and shall not interfere. But with the Governments who have declared their independence and maintain it, and whose independence we have, on great consideration and on just principles, acknowledged, we could not view any interposition for the purpose of oppressing them, or controlling in any other manner their destiny, by any European power in any other light than as the manifestation of an unfriendly disposition toward the United States. In the war between those new Governments and Spain we declared our neutrality at the time of their recognition, and to this we have adhered, and shall continue to adhere, provided no change shall occur which, in the judgement of the competent authorities of this Government, shall make a corresponding change on the part of the United States indispensable to their security. (...)”<sup>35</sup>*

Die Monroe-Doktrin unterstrich noch einmal die Gültigkeit dessen, was George Washington in seiner „*Farewell Address*“ seiner Nation außenpolitisch mit auf den Weg gegeben hatte. Und so blieb der eingeschlagene Pfad des Isolationismus der USA für über 70 Jahre beherrschend in der amerikanischen Außenpolitik. Zwischen 1825, dem Beginn der Amtszeit von **John Quincy Adams** und der Amtszeit des 25. Präsidenten **William**

<sup>32</sup> zit. nach: Mauch, ebenda, S. 93

<sup>33</sup> James Monroe, 5. Präsident von 1817-25 in der sog. „Era of Good Feeling“

<sup>34</sup> John Quincy Adams, 6. Präsident von 1825-29 und erster Sohn eines ehemaligen Präsidenten (John Adams), der selbst in das Weiße Haus einzog

<sup>35</sup> James Monroe; The Monroe Doctrine, 02. December 1823, in: [www.law.on.edu/hist/monrodoc.html](http://www.law.on.edu/hist/monrodoc.html), gedruckt am 08.01.2003

**McKinley**<sup>36</sup> stand die Lösung einiger anderer politischer Probleme ganz oben auf der Tagesordnung.

1845 wurde von dem New Yorker Publizisten **John L. O'Sullivan** der Begriff der „*Manifest Destiny*“ geprägt. Dieses Schlagwort beinhaltete, daß es für die amerikanische Bevölkerung eine „*offenbare Bestimmung gäbe, sich über den ganzen Kontinent auszubreiten*“.<sup>37</sup> **James K. Polk**,<sup>38</sup> der am 4.3.1845 Präsident wurde, setzte diese „*offensichtliche Bestimmung*“ während seiner vierjährigen Amtszeit in die Tat um. Kurz vor seiner Inauguration 1845 wurde das damals unabhängige Texas von den USA in die Union aufgenommen und während seiner Amtszeit kam ein weiteres sehr großes Gebiet zu den USA hinzu, das heute aus den Staaten Arizona, Kalifornien, Nevada, Utah, Teile von New Mexico, Colorado und Wyoming besteht. Die Expansion beförderte aber auch in den folgenden Jahren den Nord-Süd-Konflikt und die damit zusammenhängende Debatte um die Sklaverei und ihre Ausweitung auf die neuen Bundesstaaten. Die Präsidenten von **James Buchanan**, 1857-1861, über **Abraham Lincoln**<sup>39</sup>, der während des „*Civil War*“ Präsident war, bis hin zu **Rutherford B. Hayes**, der die „*Reconstruction Policy*“, die Wiedereingliederung des „*Alten Südens*“ in die Union abschloß, hatten sich auf die innenpolitischen Probleme der Union zu konzentrieren.

Die als etwas schwächer beurteilten Präsidenten des „*Gilded Age*“, des vergoldeten Zeitalters, von dem unglücklichen, da früh ermordeten **James Garfield**, bis zu der zweiten durch **Benjamin Harrison**, von der ersten Periode getrennten Amtszeit **Grover Clevelands**<sup>40</sup> waren eher innenpolitisch beschäftigt. Erst 1895/96 kam es unter Cleveland zur sog. „*Venezuela-Krise*“, die aus Grenzstreitigkeiten zwischen Venezuela und Großbritannien entstand. Cleveland fürchtete zu Recht, daß ein möglicher Krieg die Monroe-Doktrin, die immer noch Richtschnur für die amerikanische Außenpolitik war, erschüttern könnte. Die Streitigkeit konnte aber im November 1896 friedlich beigelegt werden.

Mit der Amtsübernahme des 25. US-Präsidenten **William McKinley** betraten die USA erstmals die politische Weltbühne, indem sie gegen Spanien Krieg führten und einen großen Teil der spanischen Besitzungen übernahmen. Der Krieg gegen Spanien entzündete sich 1898

<sup>36</sup> William McKinley, 25. Präsident von 1897-1901

<sup>37</sup> zit. nach: Mauch, a.a.O., S. 146

<sup>38</sup> ebda., S. 146 [„*dark horse candidate*“ = ein unbekannter Kompromisskandidat, der in das Präsidentschaftsrennen geht.]

<sup>39</sup> James Buchanan, 15. Präsident von 1857-61, Abraham Lincoln, 16. Präsident von 1861-65, Andrew Johnson, 17. Präsident von 1865-69, Ulysses S. Grant, 18. Präsident von 1869-77 und Rutherford B. Hayes, 19. Präsident von 1877-81

<sup>40</sup> James Garfield, 20. Präsident 1881, Chester A. Arthur, 21. Präsident von 1881-85, Grover Cleveland, 22. Präsident von 1885-89, Benjamin Harrison, 23. Präsident von 1889-93, Grover Cleveland, 24. Präsident von 1893-97

aus einem spanisch-kubanischen Konflikt, in dem die USA zunächst gemäß der Monroe-Doktrin nur zu vermitteln suchten. Aber als vor Havanna die „*USS Maine*“, die die US-Bürger in Kuba schützen sollte, explodierte und am 15.2.1898 sank, war eine militärische Intervention nicht mehr fern. Der Kongress erklärte am 19. April 1898 Spanien den Krieg. Der Krieg endete mit der spanischen Kapitulation am 10. August 1898; und in einem Vertrag fielen den USA Puerto Rico, Guam und die Philippinen als Besitzungen zu; Kuba wurde nicht annektiert. Neben dem Krieg gegen Spanien setzte die McKinley-Administration unter maßgeblicher Führung des Außenministers **John Hay** 1899 die sog. „*Open Door Policy*“ hinsichtlich China gegen die europäischen Mächte und Japan durch. Aufgrund dieser Politik wurde China im Zeitalter des europäischen Imperialismus nicht aufgeteilt, sondern die Zugangsrechte für diesen Markt blieben für alle interessierten Staaten frei. Dieses ist ein wichtiger Wesenszug der amerikanischen Außenpolitik, die im Gegensatz zu den alten, europäischen Mächten einen formellen Imperialismus und Kolonien ablehnte.

17. April 2020:

## Das Impeachment gegen Trump und seine Hintergründe und Abschlussdiskussion

*„Abschnitt 4: Der Präsident, Vizepräsident und alle zivilen Beamten der Vereinigten Staaten werden ihres Amtes enthoben, wenn sie wegen Verrats, Bestechung oder anderer Verbrechen und Vergehen unter Anklage gestellt und für schuldig befunden worden sind.“<sup>41</sup>*

In diesen Worten ist in Artikel II, Abschnitt 4 der amerikanischen Verfassung von 1787 die Möglichkeit festgehalten worden, die genannten zivilen Beamten bis hinauf zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wegen bestimmter vorliegender Tatbestände im Amt anzuklagen (*to impeach*) und dann auch mit der entsprechenden Zwei-Drittel-Mehrheit im Senat aus dem Amt zu entfernen (*to remove*).

Während die beiden ersten Tatbestände ja noch relativ konkret gefasst sind – Verrat (*„treason“*) und Bestechung (*„bribery“*), sind die Tatbestände Nummer drei und vier – andere/ oder auch manchmal: schwere Verbrechen (*„high crimes“*) und sonstige Vergehen (*„misdemeanors“*) eher vage gehalten.

Die Aufnahme der Möglichkeit einer Anklage und –enthebung auch des Präsidenten der Vereinigten Staaten in die amerikanische Verfassung ist vom späteren Finanzminister **Alexander Hamilton** im Ratifizierungsprozess der US-Verfassung in dem Zeitungsartikel Nummer 69<sup>42</sup> folgendermaßen dargestellt worden:

*„Die Person des englischen Königs ist heilig und unverletzlich; es gibt kein Tribunal, dem er verantwortlich wäre, keine Bestrafung der er unterzogen werden könnte, es sei denn, dem wäre eine nationale Revolution vorausgegangen. In diesem heiklen und wichtigen Punkt der persönlichen Verantwortlichkeit hat der Präsident des konföderierten Amerikas keinen besseren Stand als ein Gouverneur von New York [...]“<sup>43</sup>*

Den Verfassungsvätern war es wichtig, deutlich zu machen, daß trotz der herausgehobenen Position des Präsidenten im amerikanischen Verfassungsgefüge der Inhaber dieser exekutiven Gewalt nicht über den anderen Gewalten stehen sollte.

Ein Misstrauensvotum des Parlaments gegenüber der Administration respektive des Präsidenten verbot sich, da wir es bei der amerikanischen Verfassungsordnung mit einer präsidentialen und nicht mit einer parlamentarischen Ordnung zu tun haben, in der ein

---

<sup>41</sup> Verfassung, in: Hamilton/ Madison/ Jay; a.a.O., S. 524

<sup>42</sup> 85 Artikel erschienen als sog. Federalist Papers in New Yorker unter dem Pseudonym „Publius“ sowohl von Alexander Hamilton als auch von James Madison als auch von John Jay.

<sup>43</sup> Hamilton/ Madison/ Jay; Nr. 69, in: a.a.O., S. 409



Misstrauensvotum der Mehrheit des Parlaments gegenüber dem Regierungschef/ der Regierung nicht nur üblich, sondern auch als Kontrollfunktion angezeigt sein kann.

Um aber deutlich zu machen, daß der Präsident dieser neu zu schaffenden Verfassungsordnung nicht die gleiche unantastbare Position besitzt wie z. B. der englische König, brauchte man ein Mittel, das nur dann zum Einsatz kommen sollte, falls der Präsident über seine Befugnisse hinausgreifen sollte.

Dabei war dann klar, wie Artikel I, Absatz 2, letzter Satz in der US-Verfassung beschreibt, daß „es [Anm.: das Repräsentantenhaus] *das alleinige Recht hat, Amtsanklage zu erheben.*“<sup>44</sup> Da diese Amtsanklage „*das Verhalten von Männern in öffentlichen Ämtern einer Untersuchung im Namen der Nation unterziehen*“ soll, wie Alexander Hamilton in seinem Artikel 65 schreibt, lag es für die amerikanischen Verfassungsväter nahe, daß die Funktion, „*die Amtsanklage einzureichen, in den Händen eines Zweigs der Legislativkörperschaft liegen sollte*“.<sup>45</sup> Wenn also schon die eine Kammer die Anklage erheben sollte, „*sprechen die Gründe, [...] nicht auch ganz stark dafür, dem anderen Zweig dieser Körperschaft ebenfalls einen Anteil an der Untersuchung zuzubilligen*“<sup>46</sup>, wie es Hamilton in seinem erwähnten Artikel erläuterte.

Die Aufteilung der Funktionen –Einreichen der Anklage und Untersuchung und Entscheidung über diese mit einer möglichen Amtsenthebung – wurde von den Verfassungsvätern, so Hamilton, dem Modell entliehen, das aus verständlichen Gründen der Gründergeneration der Vereinigten Staaten am nächsten stand: **die (ungeschriebene) Verfassung Großbritanniens**. Hier ist die Einreichung der Amtsanklage Aufgabe des Unterhauses (*House of Commons*) und die Entscheidung über diese Aufgabe des Oberhauses (*House of Lords*).

Man bedenke dabei, daß die amerikanischen Verfassungsväter dem Senat eine ebenso große Unabhängigkeit zutrauten, ein Verfahren gegen den obersten Repräsentanten gerecht und würdig durchzuführen, wie man es nach der britischen Verfassung den Mitgliedern des House of Lords zutraute. So kannte man zu Zeiten von Hamilton noch keine Parteien, wie sie sich in späteren Zeiten in den USA entwickelten und heute das politische System dominieren.

Außerdem war für die Verfassungsväter wichtig, die Amtsanklage nicht am Obersten Gerichtshof, den „*Supreme Court*“, zu platzieren, da „*die Strafe, die aus einer Verurteilung bei der Amtsanklage folgen mag, noch nicht das Ende der strafrechtlichen Verfolgung des Täters (bedeutet). Denn nachdem er zu dem dauernden Verlust der von seinem Land*

---

<sup>44</sup> Hamilton/ Madison/ Jay; a.a.O., S. 518

<sup>45</sup> Hamilton; Artikel 65; a.a.O., S. 391

<sup>46</sup> Ebda.; S. 391

*gewährten Achtung, des Vertrauens, der Ehre und der Einkünfte verurteilt worden ist, wird er immer noch der Verfolgung und Bestrafung auf dem normalen Rechtsweg unterworfen sein. Wäre es richtig, wenn diejenigen, die in einem Verfahren über seinen Ruf und seine wertvollsten Rechte als Bürger verfügt haben, in einem weiteren Verfahren zu demselben Vergehen auch noch über sein Leben und sein Vermögen verfügen könnten? Hätte man nicht äußersten Grund zur Befürchtung, daß ein Irrtum beim ersten Urteil den Irrtum beim zweiten schon vorprogrammieren würde?*<sup>47</sup>

Beide verfassungsmäßige Mittel -Amtsanklage (impeachment) und Amtsenthebung (removal)- sind *„im amerikanisch verfassungsrechtlichen Denken als eine so schwerwiegende Maßnahme angesehen, daß bisher kein Präsident des Amtes enthoben wurde.“*<sup>48</sup>

So sind auch bisher nur drei Fälle der Amtsanklage durchgeführt worden, wobei der dritte Fall derjenige ist, bei dem es sich um Präsident Trump handelt. Ein Fall musste während der Einleitung des Amtsanklageverfahrens durch das Repräsentantenhaus aufgrund des mehr oder weniger freiwilligen Rücktritts des Präsidenten eingestellt werden. Strafrechtliche Konsequenzen kamen hier nach dem Rücktritt nicht zum Tragen, da der Vizepräsident und Nachfolger des Zurückgetretenen seinen Vorgänger für alle im Amt begangenen Verfehlungen begnadigte (*„presidential pardon“*). Die Rede ist vom 37. Präsidenten **Richard M. Nixon**, der am 9. August 1974 von seinem Amt zurücktrat. Ihm folgte sein Vizepräsident **Gerald R. Ford** im Amt.

---

<sup>47</sup> Hamilton; Artikel 65; in: a.a.O., 392

<sup>48</sup> Hay, Peter; Einführung in das amerikanische Recht, Darmstadt: 1995, S. 26